

Pressemitteilung

Sozialdemokratische
Partei
Deutschlands

Landesverband Berlin
Kreis Mitte

Datum: 10. Juni 2010

**Kreisvorsitzender
SPD-Mitte**

Sozialdemokratische Partei Deutschlands • Kreis Mitte • Kreisvorstand
Kurt-Schumacher-Haus • Müllerstraße 163 • 13353 Berlin

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin
Tel.: 030 4692 130
Fax: 030 4692 136
Email Mitte@SPD-Berlin.de

An die
(Lokal-) Redaktionen

Bankverbindung:
SEB
BLZ 100 101 11
Konto 190 094 3200

Ein umfassendes Erinnerungskonzept an den deutschen Kolonialismus im Afrikanischen Viertel in Wedding verwirklichen

Der Kreisvorsitzende der SPD-Mitte, **Dr. Christian Hanke**, informiert:

Der Kreisvorstand der SPD-Mitte hat eine Projektgruppe „Afrikanisches Viertel“ eingerichtet. Zu den Zielen und Aufgaben gehören unter anderem:

- Begleitung der Umsetzung des KDV-Beschlusses mit entsprechenden Initiativvorschlägen.
- Beteiligung an einem bürgerschaftlichen Bündnis zum Gedenkort „Afrikanisches Viertel“ verbunden mit einem Diskurs über Straßenumbenennungen.
- Ergebnisorientierter Diskurs über ein Gesamterinnerungskonzept Afrikanisches Viertel in einem vielfältigen Wedding / Berlin / Deutschland im Sinne eines „Geschichte erinnern • Verantwortung übernehmen • Zukunft gestalten“.

Grundlage ist der Beschluß der Kreisdelegiertenversammlung der SPD-Mitte vom 24. April 2010.

Dazu der Kreisvorsitzende Christian Hanke: „Die SPD-Mitte setzt sich für ein umfassendes Erinnerungskonzept im Afrikanischen Viertel ein. Es gilt, den deutschen Kolonialismus aufzuarbeiten und im öffentlichen Raum eine Sichtweise zu befördern, die die Opfer kolonialer Herrschaft und diejenigen, die dagegen Widerstand geleistet haben, in den Blick nimmt und ehrt. Wir sehen das Potential eines nationalen Erinnerungsortes. Ich bin überzeugt, daß die Menschen in Mitte diese demokratische Initiative mittragen werden.“

Weitere Informationen bei:
Dr. Christian Hanke; 0173 – 625 48 01 oder d. 9018 3 2200

B3 - Afrikanisches Viertel

Die Kreisdelegiertenversammlung (KDV) des Bezirks Mitte begrüßt die Absicht des Bezirksamtes (resp. des Bezirksbürgermeisters), im Afrikanischen Viertel in Wedding ein umfassendes Erinnerungskonzept an den deutschen Kolonialismus zu verwirklichen. Das Afrikanische Viertel ist mit seinen afrika- und kolonialbezogenen Straßennamen sowie durch seine Verortung in einem Bezirk mit einer stetig wachsenden afrikanischen Community dazu in besonderer Weise geeignet. Breiter Aufklärung und Sensibilisierung für die Verbrechen der Deutschen Kolonialherrschaft kommt dabei angesichts oftmals nur rudimentärer Vorkenntnisse der Bürgerinnen und Bürger in Berlin-Mitte eine zentrale Rolle zu. Deshalb ist die geplante Aufstellung von Infotafeln im Afrikanischen Viertel im Sommer 2010 ausdrücklich zu begrüßen.

Die KDV fordert, dass ein solches Erinnerungskonzept auch die Umbenennung von Plätzen und Straßen beinhalten muss, deren Namen bislang mit Personen in Verbindung gebracht werden, die das koloniale Projekt mit Betrug und Gewalt durchgesetzt haben. Dies betrifft den Nachtigalplatz, die Lüderitzstraße und die Petersallee. Das Berliner Straßengesetz bestimmt, dass durch die Benennung von Straßen und Plätzen nach Personen, diese Personen ausdrücklich geehrt werden. Die ursprüngliche Benennung der oben genannten Straßen und Plätze nach Adolf Lüderitz, Carl Peters und Gustav Nachtigal erfolgte ausschließlich aufgrund von deren kolonialen Aktivitäten.

Die KDV vertritt die Auffassung, dass eine ausdrückliche Ehrung dieser Personen im öffentlichen Raum mit demokratischen und rechtstaatlichen Grundüberzeugungen nicht zu vereinbaren ist und einen Affront gegenüber den Opfern des Kolonialismus darstellt.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die 1986 von der BVV Wedding vorgenommene Umwidmung der Petersallee vom Kolonialakteur Carl Peters auf den Stadtverordneten und Juristen Hans Peters für Außenstehende nicht erkennbar ist. Immer wieder wird deshalb (der gute Name von) Hans Peters in Verbindung gebracht mit dem des Kolonialverbrecher Carl Peters.

Ein Erinnerungskonzept an den deutschen Kolonialismus muss nach Auffassung der KDV auch im öffentlichen Raum eine Sichtweise befördern, die die Opfer kolonialer Herrschaft und diejenigen, die dagegen Widerstand geleistet haben, in den Blick nimmt und ehrt. Kampf gegen Rassismus einerseits und ehrendes Andenken für Rassisten andererseits können nicht zugleich Prinzipien sozialdemokratischer Politik sein. Die KDV fordert deshalb, auch im Lichte der einschlägigen Beschlusslage der BVV Mitte, im Falle einer Umbenennung die drei oben genannten Plätze und Straßen nach Frauen zu benennen, die gegen koloniale Herrschaft Widerstand geleistet haben oder sich in anderen Zusammenhängen positiv in der afrikanischen Geschichte und Politik hervorgetan haben.

Die KDV fordert deshalb die sozialdemokratischen Mitglieder des Bezirksamtes Mitte auf einen Beschluss herbeizuführen, einen Beirat einzuberufen, der ein Gesamterinnerungskonzept an den deutschen Kolonialismus erarbeitet oder eine zeitnahe Prüfung vorzunehmen, ob wegen einer gesamtstädtischen bzw. nationalen Bedeutung der Senat aufgefordert werden sollte unter Einbeziehung des Bezirks und der Kommission Straßennamenbenennungen ein solches Konzept zu entwickeln. Die KDV fordert den Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung auf, nach Möglichkeiten zu suchen und Vorschläge zu unterbreiten, wie für die Anwohnerinnen und Anwohner und Gewerbetreibenden in den drei oben genannten Straßen und Plätzen eine Umbenennung möglichst unbürokratisch und kostengünstig umzusetzen ist. Von zentraler Bedeutung ist es, eine breite Bürgerbeteiligung vor der Umbenennung umzusetzen, um nicht durch missverständliches „Diktat von oben“ Sympathien und Wählerstimmen im Afrikanischen Viertel zu verlieren. Die SPD Mitte initiiert ein breites Aktionsbündnis, das z.B. mit Unterschriftenaktionen, Bürgerbefragungen, Info- und Diskussionsveranstaltungen, Infoblätter an alle Anwohnerhaushalte und Infostände in den betroffenen Straßen wirbt um Zustimmung für die Straßenumbenennung. Dieser Prozess soll bis Ende des Jahres 2010 abgeschlossen sein. Die finanzielle und personelle Umsetzung dieser notwendigen breiten Aufklärung und Bürgerbeteiligung kann nur als Gemeinschaftsaufgabe des gesamten SPD-Kreises Mitte erfolgen.